

El-Ghobashy, Mona: The Dynamics of Egypt's Elections, in
„Middle East Report Online“ September 29, 2010.

„Niemand glaubt, dass Parlamentswahlen in Ägypten demokratisch oder wenigstens semi-demokratisch sind. Die Wahlen bestimmen nicht darüber, wer regiert. Sie sind nicht frei und fair. Sie setzen ein Parlament ohne Macht ein, das den Präsidenten nicht in Schach halten kann.“ So beginnt Mona El-Ghobashy ihren Aufsatz zur politischen Ordnung Ägyptens. Die am „Barnard College“ in New York lehrende Politologin zeichnet ein ungeschminktes Bild, in dem die Vorherrschaft der Nationaldemokratischen Partei (NDP) Hosni Mubaraks auch bei den Wahlen am 29. November gesichert ist. Und doch, so die Autorin, wohnt ihrem neuerlichen Sieg der Niedergang inne, wenn die Ergebnisse zwischen 1990 und 2005 zugrunde gelegt werden: Der Absturz von 58,8 auf 32,8 Prozent spricht eine deutliche Sprache. Die Verluste an Legitimität lassen sich nur durch verschärfte Repressionen ausgleichen.

Politische Hoffnungen auf grundlegende Reformen verbinden sich mit dem Niedergang der NPD noch nicht. Auch wenn die zersplitterte Opposition diesmal vom Boykott der Wahlen Abstand nimmt, bleibt die Konkurrenz zwischen der Mehrheitspartei und ihren Herausforderern von einer tiefen Unebenbürtigkeit gekennzeichnet. Die Opposition mit dem ehemaligen Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien, Mohammed El-Baradei, an der Spitze, dem die Kandidatur um das Präsidentenamt 2011 durch Verordnungen und bürokratische Hindernisse versagt ist, hat sich deshalb dazu entschlossen, ihre konstitutionellen und sozialen Reformbestrebungen in die Bevölkerung hineinzutragen und damit ernst zu nehmende Willensbildungssegmente zu schaffen, auch um die eigene politische Unsichtbarkeit zu überwinden.

Die Politikwissenschaftlerin El-Ghobashy macht drei große Entwicklungen aus, die Ägypten in den letzten fünf Jahren charakterisieren:

- eine Reihe Kontroversen um die regionalen und einheimischen Allianzen, zu denen die Autorin einen Vertrag rechnet, wonach Ägypten über fünfzehn Jahre Naturgas, das der heimischen Industrie und den privaten Haushalten entzogen ist, zu günstigen Preisen an Israel liefert und dessen materieller Nutznießer der Mubarak-Vertraute Husayn Salim ist,

- dessen Absprachen die Gerichte interessiert haben und den Präsidenten schließlich zwangen, seinen politischen Freund fallen zu lassen. Hinzu komme die offene und verdeckte Unterstützung, die das Regime Israel während seines Libanon-Feldzuges 2006 und des Gaza-Krieges 2009/10 zugute kommen ließ;
- die allgegenwärtige Korruption bis in höchste Kreise hinein, zu der El-Ghabashy ein Mitglied des Oberhauses rechnet, das seinen Reichtum durch Spekulationen mit Staatsland erwarb, dessen gerichtliche Verurteilung am Ende aufgehoben wurde und der durch Vertragsmanipulation seine Geschäfte weiterführen konnte;
 - die Welternährungskrise von 2007 und die globale Rezession ein Jahr später, welche die Staatseinnahmen durch sinkende Gewinne aus den Erlösen im Suezkanal, die Rückkehr von ägyptischen Arbeitskräften aus der Golfregion sowie durch geringere Investitionen aus dem Ausland stark belastet haben. Im Ergebnis sei der Wert der ägyptischen Exporte 2009 um 11,8 Prozent gefallen, während nach offiziellen Angaben die Arbeitslosenrate auf 9,4 Prozent stieg und die Preise für Lebensmittel bis Mai 2010 um 10,5 Prozent anzogen.

Bei den Protesten stehen nicht die mehr oder minder ohnmächtigen Gewerkschaften und die oppositionellen Parteien an der Spitze, führt El-Ghabashy aus. Vielmehr seien es die Medien, die über die in eigener Regie organisierten Demonstrationen von Angestellten des öffentlichen Dienstes, Bewohnern des nördlichen Sinai, von Automechanikern, Krankenschwestern, Kopten, von durch Arbeitslosigkeit bedrohten Industriearbeitern, von Reisbauern und von in technologische Neuerungen vernarrten jungen Leute berichten. Im Ernstfall schrecken die Demonstranten auch nicht vor monatelangen Mahnwachen an den Stufen des Parlaments zurück, bei denen es nicht nur um wirtschaftliche Belange geht, sondern bei denen auch politische Forderungen präsentiert werden.

Eine zusätzliche Verschärfung hat die permanente Staatskrise nach Beobachtungen der Autorin dadurch erfahren, dass das Regime im Jahr 2000 die juristische Überwachung der Wahlen durch den Obersten Gerichtshof aufhob und sieben Jahre später den Verfassungsartikel 188 durch die Vorkehrung „ergänzte“, wonach die richterliche Kontrolle einer

Wahlkommission übertragen wurde, über deren Zusammensetzung die Regierung mitbestimmt. Zum anderen schleuste das Politische Sekretariat unter Führung des Mubarak-Sohnes Gamal 2009 ein Gesetz durch das Parlament, das 64 neue Parlamentssitze für Frauen schuf – ein Verfahren, das die Opposition mit den Worten geißelte, unter dem Vorwand der Frauenförderung den Einfluss der Regierung durch eigene Kandidatinnen weiter zu mehren. Sollte es gleichwohl zu politisch unliebsamen Vorfällen kommen, steht dem Präsidenten das Recht zu, das Parlament nach Hause zu schicken und – würden sich die Abgeordneten widersetzen – seine Auflösung durch polizeiliche Gewalt zu erzwingen.

Eine solche Drohung könnte für den Fall akut werden, dass die offiziell verbotene Moslembroderschaft bei den bevorstehenden Wahlen mehr als jene 88 Sitze erhält, die die als „unabhängig“ firmierende Kandidaten gewannen. Schon seit langem gehört ihre Unterdrückung zum Standardrepertoire der Regierung, obwohl die organisierten Moslembroder aus verschiedenen Gründen, zu denen das hohe Alter ihres Obersten Lenkungsrates und ihre innere Zerrissenheit gehören, keine ernsthafte Gefahr darstellen. Diese vorteilhafte Situation für das Regime könnte sich freilich ändern, wenn das Leitungsgremium unter der gegenwärtigen Führung des 67jährigen Pathologen Mohamed Badei die Kontrolle über ihre Gefolgschaft verliert*.

El-Ghobashy bestätigt indirekt die These, dass Ägypten weit davon entfernt ist, einen ernsthaften Beitrag zur Überwindung des israelisch-palästinensischen Konflikts erbringen zu können, ja dass ihm jegliche Glaubwürdigkeit fehlt, die Rivalitäten zwischen Ramallah und Gaza-Stadt zu moderieren. Die Regierung in Jerusalem kann sich glücklich schätzen, in Hosni Mubarak einen kongenialen Partner zu besitzen.

Reiner Bernstein

05. Oktober 2010

* Vgl. dazu meinen politischen Reisebericht „Ägypten: Bemerkungen zur Innen- und Außenpolitik“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage, außerdem die Rezension des Aufsatzes von Michelle Dunne „A Post-Pharaonic Egypt?“ in dieser Menüleiste.